

Antrag der Fraktion der CDU

Wirtschaftliche Sanierung des öffentlichen Klinikverbunds Gesundheit Nord (GeNo) – Forderung nach Vorlage einer Personalstrategie

Das von der Geschäftsführung der Gesundheit Nord (GeNo) und von der Gesundheitssenatorin als Aufsichtsratsvorsitzende des Klinikverbunds Bremens vorgelegte „Sanierungskonzept neu 2021 bis 2025“ gehört auf den Prüfstand. Basis des Plans sind allein Abweichungen durchschnittlicher nicht refinanzierter Personalkosten, die über der Kalkulation von Fallpauschalen liegen. Zur Schließung der Deckungslücke setzt der Senat vor allem auf eine Leistungsrückgewinnung im „Normalbetrieb“ und den Abbau von 440 Vollkräften (VK), einen rein rechnerisch ermittelten und aufsummierten Personalüberhang nach Dienstarten. 74,0 Prozent der veranschlagten Einsparungen in Höhe von 87,4 Millionen Euro sollen bis 2025 allein über diese beiden Posten erwirtschaftet werden, so die Ankündigungen von Geschäftsführung und Aufsichtsrat. Ein unrealistischer Plan, wenn man beachtet, dass bereits im Vergleich der Jahre 2019 zu 2016 die Fallzahlen im vollstationären Bereich bei der GeNo um 8,6 Prozent zurückgingen, landesweit um 2,5 Prozent und deutschlandweit um 0,6 Prozent.

Das Gesundheitsressort erklärt selbst, dass von Wachstumspotenzialen nicht mehr auszugehen ist und prognostiziert weiterhin rückläufige Fallzahlen aufgrund fortschreitender Ambulantisierung und bereits zu beobachtender „Sättigungen“ in einzelnen Versorgungsbereichen. Ein rein fiskalisches Vorgehen verspricht also wenig Zukunftsfähigkeit für die vier Kliniken, wenn Trends, auf denen die Annahmen beruhen, längst von der Wirklichkeit eingeholt sind und die eigentlichen Strukturprobleme außer Acht gelassen werden. Ein gesundheitspolitisch verfehelter Kurs, den es zu korrigieren gilt.

Zudem werden die GeNo-Beschäftigten im ärztlichen und pflegerischen Dienst immer mehr durch Presseverlautbarungen der Gesundheitssenatorin hinsichtlich ihrer beruflichen Zukunftsperspektiven verunsichert. So teilt die Gesundheitsbehörde mit, dass bereits im Zeitraum von Dezember 2020 bis Juni 2021 90 Vollkräfte abgebaut worden sind – unklar bleibt in welchen Bereichen und über welche Personalanpassungsmaßnahmen. Durch den längst laufenden Personalabbau, defacto-Einstellungsstopps sowie Nichtverlängerung von befristeten Arbeitsverträgen werden Tatsachen geschaffen, die aktuell bereits Auswirkungen auf Qualität und Quantität der medizinischen Versorgung haben. Hierfür liefert die Pädiatrie ein Beispiel: Ärztinnen und Ärzte des Eltern-Kind-Zentrums Professor Hess haben sich im Juli 2021 in einem Brandbrief an die Gesundheitssenatorin und Aufsichtsratsvorsitzende der GeNo gewandt und kritisieren, dass sich die Geschäftsführung im Kern auf Personaleinsparungen konzentriert und „wenig Innovation beziehungsweise Kreativität in der Problembehandlung erkennen lässt“. Bereits heute bestehen erhebliche Probleme bei der Aufnahme kranker Kinder und Jugendlicher in beiden GeNo-Kinderkliniken.

Die strukturellen Probleme und Anforderungen liegen tiefer, sind seit vielen Jahren bekannt und werden trotzdem auch in der laufenden Legislaturperiode

wieder nicht in Angriff genommen. Dass sich der gravierende Rückgang von vollstationären Fallzahlen seit Ende 2017 vollzieht und die GeNo im Benchmark der Allianz Kommunaler Großkrankenhäuser Deutschlands (AKG) 2019 in zentralen Kennziffern äußerst schlecht abschneidet, belegt die strukturellen wie hausgemachten Defizite, die lange vor der Corona-Pandemie bestanden und ursächlich für die bis heute bestehende wirtschaftliche Schieflage sind.

Für das Jahr 2021 werden ein EBITDA (Ergebnis ohne Berücksichtigung von Zinsen, Steuern und Abschreibungen und sonstigen Finanzierungsaufwendungen) von -46,0 Millionen Euro und ein Betriebsergebnis von -63,0 Millionen Euro erwartet. Künstlich „verbessert“ wird dieses Ergebnis allerdings schon seit 2020 durch städtische Gelder: jährlich 15,0 Millionen Euro Betriebskostenzuschuss und 7,0 Millionen Euro für Pensionen führen (auf dem Papier) zu deutlich geringeren Verlusten. Ohne die Zuweisungen vom Land Bremen liegen EBITDA bei -68,0 Millionen Euro und Betriebsergebnis sogar bei -85,0 Millionen Euro, wohlgermerkt unter Berücksichtigung der Bundes- und Landesausgleichszahlen in der Corona-Pandemie. Als weitere städtische Gelder kommen dazu noch 17,5 Millionen Euro für den Verlustausgleich 2020 und aktuell geschätzte weitere 33,4 Millionen Euro für den Verlustausgleich 2021. Als Liquiditätshilfe gibt es eine zusätzliche Kreditlinie von 50,0 Millionen Euro.

Der kommunale Klinikverbund GeNo krankt seit Jahren an sinkenden Leistungen und Erlösen bei gleichzeitig steigenden Personal- und Sachkosten. Die Leiharbeit steigt unter einer linken Gesundheitssenatorin auf Rekordwerte. Das AKG-Benchmark verweist auf zum Teil erhebliche Abweichungen der GeNo vom Durchschnitt anderer kommunaler Großkliniken: höheres Durchschnittsalter der Beschäftigten, höhere Anteile von Führungspositionen unter der Ärzteschaft, überdurchschnittlich hohe Teilzeitquoten im Ärztlichen Dienst, deutlich höhere Krankheitsquoten vor allem im Pflegedienst, höhere Kosten je Vollkraft in allen Dienstarten, überdurchschnittlich hohe Personalkostenquote im „weißen Bereich“ mit Ausnahme der Ärzteschaft, deutlich weniger vollstationäre Fälle aber mit höherem Umsatz je Bett, negative EBITDA-Quote in Abweichung zur durchschnittlich positiven EBITDA-Quote.

Die medizinisch-pflegerisch wertvolle Arbeit der GeNo-Beschäftigten in eine sichere Zukunft zu führen, ist überfällig.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. den bereits laufenden, intransparenten Personalabbau bei der GeNo und die Folgen dieser Personalanpassungsmaßnahmen für Quantität und Qualität der aktuellen stationären Gesundheitsversorgung in allen vier Kliniken des Verbunds offenzulegen;
2. den weiterhin geplanten Personalabbau bei der GeNo bis zum angekündigten Gesamtvolumen in Höhe von 440 Vollkräften oder darüber hinaus detailliert darzustellen und auch hier die versorgungsmedizinischen Auswirkungen dieser weiteren Personalanpassung einzuschätzen;
3. die in den Punkten 1. und 2. angeforderten Informationen in einem schriftlichen Bericht der städtischen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz im vierten Quartal 2021 vorzulegen mit detaillierten Angaben nach Klinikstandort, Fachbereich und Dienstart. Im Bericht sind gegenwärtige und künftige Personalüberhänge aber auch Personalbedarfe nicht allein betriebswirtschaftlich mittels rein rechnerischen Kalkulationen, sondern gesundheitspolitisch mit medizinischen Versorgungsbedarfen zu begründen;
4. der städtischen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz ebenfalls im vierten Quartal 2021 einen zweiten schriftlichen Bericht vorzulegen, der umfassend über den Einsatz von Leiharbeitskräften im Klinikverbund GeNo informiert. Darzustellen ist hierin die Entwicklung

der absoluten Zahlen an eingesetzten Voll- und Teilzeitkräften im Zeitraum von 2018 bis 2021 in detaillierter Aufstellung nach Klinikstandort, Fachbereich und Dienstart.

Rainer Bensch, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU